

Freundeskreis

Palast der Republik

Mitglied im Ostdeutschen Kuratorium
von Verbänden e.V.

23 Thesen zum Palast der Republik und Schlossplatz Berlin 1990 - 2013

Vor ca. 23 Jahren, am 19. September 1990, wurde der Palast der Republik unter dubiosen, bis heute nicht eindeutig geklärten Umständen geschlossen.

Bald danach entbrannte die Diskussion zur künftigen Gestaltung dieses Platzes und zum Palast der Republik.

Abrissabsichten, geäußert von damaligen CDU - Spitzenpolitikern, wurden bereits 1993 bekannt.

Mit dem Protestspaziergang vom 27. März 1993 um den Palast, an dem tausende empörte Bürger teilnahmen, begann die organisierte und vielschichtige Protestbewegung gegen die Palastvernichtung.

Dieses Datum markiert den anhaltenden 20 jährigen Protest gegen Palastvernichtung und Schlossbauabsichten.

Dieser Protest wurde und wird von der Mehrheit der Bevölkerung getragen.

In der Gegenwart findet er seine Fortsetzung in der mehrheitlichen Ablehnung der gegenwärtigen Absichten zum Bau eines Pseudoschlusses.

Die Vorgänge auf dem Schlossplatz seit 1990 sind ein Beispiel, wie heutige Machthaber und viele Mandatsträger des Deutschen Bundestages mit demokratischen Prinzipien umgehen und dabei die mehrheitliche Meinung der Bevölkerung missachten.

Sie sind ein Spiegelbild der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, dargestellt am konkreten Beispiel.

Es ist ein Beispiel von vielen in den neuen Bundesländern.

Der Freundeskreis Palast der Republik, gegründet im März 2007, setzt die Protestbewegungen vergangener Jahre gegen die politisch-motivierte Palastvernichtung mit neuen Erkenntnissen, Zielen und Aktivitäten fort.

Am Beispiel des Palastes der Republik wollen wir für geschichtsbewusste und politisch interessierte Bürger sichtbar machen, was in der Mitte Berlins, auf dem so genannten „Schlossplatz“ in den letzten 20 Jahren geschah und welche Erkenntnisse sich daraus für die Gegenwart und Zukunft ergeben.

Wir wollen ihren Blick schärfen für weitere Beispiele an vielen anderen Orten in den Neuen Bundesländern.

Wir wollen sie auch zum Protest ermuntern.

Wehrt Euch! Es reicht! Macht mit!

1. These: Das Schloss - Zeugnis der Vergangenheit

Das Berliner Schloss entstand in einem längeren Prozess, der mehrere Jahrhunderte dauerte und verschiedene Bauphasen umfasste. Mit dem „Berliner Unwillen“ des Jahres 1448 brachten die Einwohner erstmalig ihren Protest gegen dieses Bauvorhaben zum Ausdruck. Ungeachtet dessen konnten Kurfürsten, später Könige und Kaiser diesen Ort ihrer Herrschaft behaupten. 1914 war das Schloss ein Ausgangspunkt des I. Weltkrieges.

Als 1918 der Deutsche Kaiser abdanken musste und nach Holland floh, war die Funktion des Schlosses als Macht- und Herrschaftszentrum für immer beendet. Es wurde im November 1918 von revolutionären Soldaten der Volksmarinedivision besetzt, die die rote Fahne hissten.

Das Schloss wurde während dieser Ereignisse von einer reaktionären Soldateska mit Geschützen beschossen.

Während der Weimarer Republik und später wurde das Schloss für Museumszwecke und für Institutionen für Wissenschaft und Kultur genutzt. Regierungsfunktionen wurden von diesem Ort aus nicht mehr ausgeübt.

2. These: Abriss der Schlossruine - keine Willkür, sondern aus damaliger Sicht eine Notwendigkeit

Am 3. und 24. Februar 1945 wurde das Zentrum Berlins durch amerikanische Bomber angegriffen.

Das Schloss brannte vier Tage und Nächte bis auf die Grundmauern aus. Das war der eigentliche Akt der Schlossvernichtung.

Weitere Schäden ergaben sich im Verlauf der Kampfhandlungen im April 1945. Zurück blieb eine Schlossruine als ein Ergebnis des verbrecherischen Krieges, der vom deutschen Hitlerfaschismus ausgelöst wurde, dessen Hintergrund und Nutznießer das deutsche Großkapital war.

Einige wenige Räume des Schlosses wurden von 1946 bis 1948 notdürftig geschützt und lediglich für Ausstellungszwecke genutzt.

Deutschland wurde nach dem II. Weltkrieg durch die Westmächte gespalten.

Dazu benutzten sie deutsche Helfershelfer wie beispielsweise Dr. Adenauer und andere.

In diese Spaltung wurde auch Berlin einbezogen.

Durch die Gründung zweier deutscher Staaten kam es auch zum ideologisch geprägten Streit über das Areal, wo sich einst das Schloss befand. Dieser Streit endete damit, dass die Schlossruine, nicht ein unbeschädigtes Schloss, ab 1950 beseitigt wurde.

Die Einwohner Berlins brauchten schließlich nach einem verbrecherischen und völkerrechtswidrig geführten Krieg Wohnungen im kriegszerstörten Berlin, nicht ein herrschaftliches Schloss, das zeitgenössisch betrachtet, von ihnen als „grauer schwarzer Kasten“ bezeichnet wurde und zu dem sie auch keine Bindung hatte.

3. These: Die Pläne zur Schlossplatzgestaltung waren vielfältig

Am 1. Mai 1951 wurde dieses Areal als „Marx-Engels-Platz“ neu eingeweiht. Er war 1951 und 1973 anlässlich der III. und X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten der Ort von Massenveranstaltungen mit je 1 Million Teilnehmern.

Diese Zeit war geprägt von Überlegungen zur Gestaltung des Areals in der

Mitte Berlins. So manche Idee wurde diskutiert und verworfen.
Bis 1969 wurde der Fernsehturm im Herzen der Hauptstadt der DDR als dessen bedeutendes bauliche Wahrzeichen errichtet.

4. These: Der Bau des Palastes der Republik wird entschieden.

Im März 1973 kommt es zu Beschlüssen des Politbüros der SED und des Ministerrats der DDR zum Bau des Palastes der Republik.
Im August des gleichen Jahres wird die 180 m lange, 100 m breite und 12 m tiefe Baugrube ausgehoben. Daran waren 600 Bauarbeiter und 200 NVA Soldaten beteiligt.
Die Grundsteinlegung erfolgt im November 1973.
Im November 1974 wurde Richtfest gefeiert.
Die Palasteröffnung wurde mit einem Fest seiner Erbauer am 23. April 1976 begangen.
Ab 25. April wird der Palast für die Bevölkerung geöffnet.
Die Baukosten werden mit ca. 500 Mio. M der DDR beziffert, der Wert des Palastes auf 1 Mrd. Mark der DDR geschätzt.

5. These: Palast der Republik - eine multifunktionales Gebäude.

Der Palast der Republik war ein multifunktionaler Kulturpalast mit in Europa einmaligen Möglichkeiten.
Er knüpfte an gewerkschaftliche Traditionen der Volkshäuser in den 20 er Jahren an.
Mehr als 1500 Plätze in 13 unterschiedlichsten gastronomischen Einrichtungen, einem niveaувollen Jugendtreff, Bowling Bahnen, eine ständige Ausstellung zeitgenössischer Maler, ein Theater und den großen Veranstaltungssaal mit einem variablen Platzangebot von 500 bis 5000 Plätzen zeugten von seiner Leistungsfähigkeit.
Das Hauptfoyer mit der Gläsernen Blume lud zum Verweilen ein.
Hier fanden viele Eintritts freie Veranstaltungen ohne Kartenzwang statt, besonders an den Wochenenden.

In einem gesonderten Teil des Palastes der Republik befand sich die Volkskammer der DDR. Eine Bannmeile gab es nicht.

6. These: Ein echtes Volkshaus entstand in der Hauptstadt der DDR

In den fast 15 Jahren seiner Öffnung zählte der Palast der Republik ca. 70 Millionen Besucher.
Über 21.000 Shows, bunte Veranstaltungen, Tage der Volkskunst der Bezirke der DDR, Konzerte mit hochrangigen Orchestern und Künstlern der Welt fanden in diesem Hause statt.
Unvergessen sind die Palastbälle mit jeweils ca. 5.000 Gästen.
Gefeiert wurde auf allen Etagen.
Auch Betriebsveranstaltungen fanden hier statt.
Im Palast wurde Geselligkeit gepflegt, hier feierten Familien, Brigaden, Betriebskollektive und Gemeinschaften aus allen Schichten der Bevölkerung, hier trafen sich Berliner mit Ihren Gästen, hier traf sich die Jugend.

Der Palast der Republik wurde so zum anerkannten Haus des Volkes.
Die Angestellten und Mitarbeiter des Palastes hatten daran mit ihrer

engagierten Arbeit einen großen Anteil.

7. These: Breiteste Bevölkerungskreise waren die Hauptnutzer

Der Palast war für alle Bevölkerungskreise zugänglich und wurde in vielfältiger Weise genutzt.

Mehr als 15.000 Besucher zählte das Haus täglich.

Veranstaltungen gab es für Kinder. Unvergessen bleiben solche Veranstaltungen wie „Bärchen“, „Kichern und Kichern lassen“ oder Märchenzirkus.

In der 4. Etage gab es vielfältige und interessante Seniorenveranstaltungen mit Künstlern.

Folklore - Ensemble aus aller Welt traten im Palast auf, bekannte Ballettformationen, beispielsweise aus Leipzig und Berlin.

Er wurde genutzt für Großveranstaltungen des Fernsehens der DDR z. B. „Ein Kessel Buntes“, Bekannte Interpreten aus aller Welt begeisterten ein großes Publikum.

Die Besucher des Palastes der Republik waren vorwiegend Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und deren Gäste. Viele Besucher kamen aus Westberlin, der Bundesrepublik Deutschland, aus vielen europäischen Ländern und der Welt.

Anerkennung und Achtung über die großartigen Leistungen und Möglichkeiten dieses in Europa einmaligen Hauses prägten ihr positives Meinungsbild.

Der Palast wurde auch genutzt für Parteitage, Höhepunkt-Veranstaltungen gesellschaftlicher Organisationen sowie bedeutende internationale Konferenzen und Veranstaltungen. Sie machten weniger als 5 % aller Veranstaltungen aus

8. These: Der Palast hatte auch Gegner

Eine Palastgegnerschaft zeigte sich in Zeiten seiner Öffnung und der nicht zu übersehenden Akzeptanz durch die Bevölkerung nur verdeckt und selten offen. Selbst die Medien der Bundesrepublik mussten den Palast der Republik würdigen. Erst in Wendezeiten wagten sich seine Gegner an die Öffentlichkeit, ermuntert und ermutigt durch erkennbare politische Absichten im Hintergrund wirkender einflussreicher, verantwortlicher politischer Kreise der Bundesrepublik Deutschland.

Gegner des Palastes waren in dieser Zeit eine Medienlandschaft, geprägt von ihren führenden und meinungsbildenden Vertretern.

Gegner des Palastes der Republik waren die Bundeskanzler H. Kohl, G. Schröder, A. Merkel, die jeweiligen Baufachminister, führende Politiker der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der Grünen.

Gegner war und ist der so genannte Schlossverein unter seinem ehemaligen Vorsitzenden Wilhelm von Boddin, der gegenwärtig als gut bezahlter hauptamtlicher Geschäftsführer dieses Vereins und seines Vorstands agiert, geduldet und unterstützt von den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland.

Wer schließlich ein Schloss wollte, musste vorher den Palast vernichten.

Gegner waren und sind so genannte Bürgerrechtler der DDR und Nachwende-

Politiker in ihrem blinden Hass gegen alles, was die DDR an guten und erhaltenswerten Errungenschaften hervorgebracht hatte.

Stellvertretend für diese Gruppe stehen W. Thierse, V. Lengsfeld, G. Nooke, R. Eppelmann u. a. Als „Bürgerrechtler“ der DDR handelten und agierten sie weitgehend isoliert und gegen den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung der DDR und später der Bundesrepublik Deutschland.

9. These: Die Gegner waren und sind nicht zu Gesprächen bereit

Sie waren bisher nicht in der Lage, sich den Angeboten des Freundeskreises zu sachlich-konstruktiven Diskussionen bzw. Gesprächen im Rahmen unserer Ausstellung - „Der Palast lebt – trotz alledem“ - zu stellen.

Sie wurden zu diesen Ausstellungen oft eingeladen - gesichtet wurden sie nie. Haben sie Angst vor uns, vor den Bürgern der DDR bzw. Besuchern des Palastes der Republik, ihren Argumenten und Meinungen?

Herr Thierse, ehemals Kulturwissenschaftler der DDR, beschäftigt im Ministerium für Kultur der DDR, damals auch befasst mit Angelegenheiten des Palastes der Republik, sagte selbst in seiner Eigenschaft als Bundestagspräsident in seinem Wahlbezirk in besten Wahlkampfzeiten Einladungen zum Ausstellungsbesuch mit fragwürdigen Begründungen ab. Auch als stellvertretender Bundestagspräsident meidet er seit Jahren und auch gegenwärtig jeden schriftlichen bzw. persönlichen Kontakt mit dem Freundeskreis Palast der Republik.

Eine ehrliche und seriöse Geschichtsschreibung wird über sie alle nicht nur in Sachen Palast der Republik ein historisch gerechtes Urteil fällen.

Es wird ihnen wohl kaum einen geachteten Platz in der deutschen Geschichte einräumen können.

10. These: Die Palastschließung - ein Willkürakt

Am 18. Mai 1990 beauftragte die Regierung der DDR unter Ministerpräsident Lothar de Maiziere, vertreten durch den 2. Palastdirektor, die Westberliner(!) Firma ATD mit der Erstellung eines Gutachtens über die Asbestbelastung im Palast der Republik.

Auf der Grundlage dieses vorläufigen Gutachtens wurde der Palast der Republik am 19. September 1990 für die Öffentlichkeit überraschend geschlossen, obwohl Luftmessungen ergaben, dass die zulässigen Grenzwerte im PdR nicht überschritten wurden, also kein dringlicher Grund zur Schließung vorlag.

Die damalige Volkskammer, im zeitgenössischen Volksmund nach der Wende auch als „Laienspielschar“ bezeichnet, damals mit den Details des Einigungsvertrags beschäftigt und dabei zeitlich und politisch überfordert, verließ überstürzt den Volkskammerbereich des PdR und zog in ein Gebäude, dessen Räume ebenso, wenn nicht noch höher Asbest belastet waren.

Geprüft wurde dies offensichtlich nicht.

Das war auch als ein politischer Akt zu verstehen, ähnlich der vorangegangenen Entfernung des Staatswappens der DDR aus der Volkskammer und der Palastfassade.

Die Asbestbelastung bot sich vordergründig als Sachzwang-Argument gegen den Erhalt des PdR an und wurde vielfältig genutzt, insbesondere politisch und medial.

Dieses Argument war von Anfang an fragwürdig und wird in der Gegenwart auch von seriösen Fachleuten als verlogen und unglaubwürdig angesehen.

Das Datum der Schließung, vor dem 3. Oktober 1990 gelegen, bewahrte die politisch Verantwortlichen der damaligen Bundesrepublik vor der eigenen Verantwortung dieser zweifellos unpopulären, fragwürdigen und übereilten Maßnahme.

Sie schoben auf diese Weise die Verantwortung auf die letzte DDR-Regierung ab, die, am Tropf bundesrepublikanischer Berater hängend, nur ein Hauptziel hatte, sich selbst abzuschaffen.

Der politische Vorwurf des Hochverrats wurde bisher nicht erhoben.

11. These: Die Asbestbelastung wurde als fragwürdiges Mittel zum Zweck genutzt

Der Palast der Republik war am 18. März das zentrale Wahlzentrum der so genannten „ersten freien Wahlen“ der DDR.

Waren diese Wahlen wirklich „freie Wahlen“?

Wurden diese Wahlen nicht manipuliert durch die Medien und durch die völkerrechtswidrige Einmischung bundesrepublikanischer Spitzenpolitiker im Wahlkampf mit verlogenen Versprechungen?

War das nicht eine brutale, unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Mitgliedsstaates der Vereinten Nationen?

Dutzende von Fernsehstationen aus aller Welt haben von diesem Wahlzentrum aus ausführlich und mit hohem medialen Aufwand über Wahlverlauf und Wahlergebnisse berichtet.

Zahlreiche hochrangige Spitzenpolitiker der Bundesrepublik aller Coleurs gaben an diesem Ort und zu dieser Zeit ihre Erklärungen ab.

Es ist an der Zeit danach zu fragen, was diese Erklärungen aus heutiger Sicht wert waren bzw. wie viel politische Verlogenheit sie zum Ausdruck brachten.

Die Asbestbelastung des Hauses spielte dabei keine Rolle.

Warum auch?

Eine gesundheitliche Gefährdung gab es zu diesem Zeitpunkt nicht, auch nicht am Tag der Schließung. Die regelmäßig durchgeführten Messungen der Luft im Palast sind dafür der Beweis.

Erst in den letzten Wochen der DDR, nach der Palastschließung, setzte eine regelrechte Kampagne gegen dieses Volkshaus ein mit dem Ziel, die Akzeptanz dieses Gebäudes, einer Errungenschaft der DDR, in der Öffentlichkeit zu diskreditieren.

Asbest wurde unter Missachtung und Verleugnung von Fakten als ein fragwürdiges Mittel zum Zweck benutzt.

Aus heutiger Sicht und Erkenntnis stellt sich dieser Akt als ein Vorläufer der 1991 durch den damaligen FDP-Justizminister K. Kinkel verkündeten Delegitimierungsstrategie gegen alles, was die DDR an Positiven hervorbrachte, dar.

Diese Absichten sind und bleiben unglaubwürdig in ihrer allgemeinen Form und auch am konkreten Beispiel des Palastes der Republik.

12. These: Der jahrelang andauernde Protest gegen die Palastvernichtung wurde vom Deutschen Bundestag und von der Bundesregierung missachtet

Im März 1993 wurden durch ein Spitzentreffen von CDU und FDP Politikern und später dem Gemeinsamen Ausschuss Bonn - Berlin die Weichen auf Palastabriss gestellt.

Legitimiert war dieser Ausschuss dazu durch den Deutschen Bundestag nicht. Wenige Tage später, am 27. März 1993 kommt es nach einem Aufruf der PDS zum Protestspaziergang von über 10.000 Bürgern gegen den Abrissbeschluss. Das ist der offizielle Beginn der jahrelangen vielschichtigen Protestbewegung. Es folgten Hunderte von Protestaktionen am Palast der Republik, wie z. B. die sanften Belagerungen und andere Aktionen.

Mehr als 100.000 Unterschriften wurden als Protest gegen den Palastabbriss den politisch Verantwortlichen übergeben.

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages empfahl unter diesem öffentlichen Druck der Bundesregierung den Erhalt und Nutzung des Palastes.

Mahnwachen erhoben am authentischen Ort Protest gegen den Palastabbriss.

Sie wurden von den führenden Hauptstadtmedien weitgehend ignoriert bzw. unterdrückt.

Weitere Bürgerinitiativen und Aktionen entstanden und protestierten gegen die beabsichtigte Palastvernichtung.

In unsäglicher Arroganz wurden diese Proteste von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, der FDP, SPD und auch der Grünen einschließlich der finanziellen Konsequenzen für die Steuerzahler missachtet.

Diese Situation wirft ein bezeichnendes Licht auf die demokratische Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland und des Demokratieverständnisses der Mehrzahl seiner Volksvertreter im Deutschen Bundestag und dem Abgeordnetenhaus von Berlin.

13. These: Palast und Politik

Der Palast verkörperte eine bedeutende Errungenschaft der DDR und war von deren Bevölkerung in beeindruckender Weise angenommen.

Er nahm die historisch geprägten progressiven Traditionen der Volkshäuser auf, die in der DDR gepflegt, verwirklicht und weiterentwickelt wurden.

Auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland existierte weder ein derartiges Konzept noch ein derartiges Volkshaus mit seinen international anerkannten großartigen Möglichkeiten.

Auch deshalb wurde er zur Zielscheibe bundesrepublikanischer Politiker. Ihr Ziel war und ist, alles Progressive, was die DDR hervorgebracht hatte, zu vernichten, bzw. zu entsorgen oder zu verleumden.

Aus dieser Sicht sind die verwendeten Begründungen für den Palastabbriss wie Asbest bzw. städtebauliche Aspekte fragwürdig und können die politisch motivierten Abrissabsichten nicht verschleiern.

Vor der internationalen und nationalen Öffentlichkeit erweist sich der Palastabbriss und der beabsichtigte Wiederaufbau eines Pseudoschlusses als eine nicht zu übersehende politische Blamage und als eine Farce für die dafür verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik Deutschland.

Die Palastvernichtung ist und bleibt ein kulturpolitisches Verbrechen.

Sie ist ein grober Verstoß gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und dem Einigungsvertrag.

Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag, mit diesen Vorwurf durch den Freundeskreis konfrontiert, konnte ihn bis in die Gegenwart nicht entkräften sondern schweigt dazu bis heute beharrlich.

14. These: Die erfolgreiche Zwischennutzung zeigte neue Möglichkeiten

Im Frühjahr 2002 erarbeitete eine Projektgruppe der Technischen Universität Berlin eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung des Palastes.

Sie sah vor, im Zeitraum von 2004 bis 2006 Teile des Palastes mit temporären Projekten zu bespielen.

Nach einjährigem Streit auf politischer Ebene öffnete ab Juli 2003 der Palast seine Pforten für ein breites Publikum.

Allein ca. 15.000 Teilnehmer wurden bis 2005 an den Palastführungen gezählt.

Im September 2003 inszenierte Christian von Borries mit dem Brandenburgischen Staatsorchester den Wagner - Komplex.

Das war die erste Kulturveranstaltung nach der Palastschließung im Jahre 1990.

Daran durften aus angeblichen „Sicherheitsgründen“ je Konzert nur 100 Bürger teilnehmen.

Reglementierungen und Behinderungen, auch anderer Art waren nicht zu übersehen.

Es folgten viele Einzelveranstaltungen.

Im August 2004 wurde der so genannte Volkspalast eröffnet.

Zahlreiche Kunst-, Sport-, Film-, und Diskussionsveranstaltungen prägten die Zwischennutzung.

Hier trat die St. Petersburger Kult-Band „Leningrad“ auf, hier wurde aus Anlass des 50jährigen

Jubiläums der Staatsoper Berlin „Parsifal“ auf eine Großleinwand in den Palast

übertragen, hier wurden in der Nacht der Museen mit ca. 19.000 Besuchern Rekorde erzielt.

Die Zwischennutzung dauerte zwei Jahre und fand Ende 2005 ihren Abschluss.

Während dieser Zeit gab es über 900 Veranstaltungen mit ca. 565.000 Besuchern.

Diese Zwischennutzung belebte die Diskussion zur Nutzung und Erhalt des Palastes der Republik und zeigte entsprechende Lösungswege. Die politisch Verantwortlichen missachteten auch diese Signale und trieben, nervös geworden, den Palastabbriss vor und hinter den politischen Kulissen weiter voran.

So kam es erneut zu Festlegungen des Bundestages, die vorsahen, den Palastabbriss öffentlich auszuschreiben.

2005 veröffentlichte ein Berliner Architekturbüro mit seinem Projekt „Weltkulturpalast“ ein Alternativkonzept zur Sanierung und Weiternutzung des Palastes. Es gab weitere Vorschläge von namhaften Fachleuten zum Palasterhalt.

Sichtbar wurde aber auch, dass auf Grund der undemokratisch erfolgten

Abrissentscheidung vom März 1993 nie ein Wettbewerb für Sanierung,

Neugestaltung und Nutzung des Palastes ausgeschrieben wurde.

Aus gleichem Grund wurde der Denkmalschutz für das Gebäude hintertrieben.

15. These: Die Sanierungs-/Abrisskosten explodierten.

Die Notwendigkeit der Palastsanierung nach knapp 15 Nutzungsjahren wurde schon zu DDR-Zeiten erkannt und vorgesehen.

Mehr als 70 Millionen Besucher und seine intensive Nutzung hatten Spuren hinterlassen.

Nach seiner Schließung gab es Angebote ausländischer Firmen, dieses Haus für

10 - 30 Mio. Euro zu sanieren. Solche Angebote wurden von der

Bundesregierung und dem Berliner Senat nicht einmal zur Kenntnis

genommen. Die Weichen waren auf Abriss gestellt, die Kostenfrage deshalb zweitrangig.

Die Sanierungskosten waren mit 85 Mio. Euro mehr als doppelt so hoch wie die

von den Sanierungsfirmen maximal eingeschätzten 30 Mio. Euro und lagen weit über den vom Bund geplanten 40 bis maximal 50 Mio. Euro.

Dazu kamen die Abrisskosten von mehr als 20 Mio. Euro, ebenfalls weitaus mehr als ursprünglich geplant.

Ca. 120 Mio. Euro Steuergelder wurden für den Abriss schließlich sinnlos verschleudert, mehrere 100 Mio. Euro, der Wert des Palastes der Republik, wurden einfach vernichtet – vorrangig aus politischen Gründen.

Der Palast hätte in die Gesamtgestaltung des Schlossplatzes einbezogen werden können. Ein anerkanntes Gebäude und Hunderte von Millionen Euro hätten sinnvoll genutzt werden können.

Einer der ersten Vorschläge dafür stammte von Prof. Dr. Graffunder, dem Chefarchitekten des Palastes der Republik, aus dem Jahre 1991. Weitere folgten.

Das Volk, der eigentliche Souverän und Eigentümer des Palastes wurde weder umfassend informiert noch einbezogen oder gefragt. Seine mehrheitliche Meinung wurde schlichtweg missachtet. Demokratie sieht anders aus.

16. These: Der Freundeskreis wehrt sich gegen Geschichtsentsorgung und Verfälschung

Der im März 2007 gegründete Freundeskreis Palast der Republik setzt die langjährige Protestbewegung gegen die Palastvernichtung unter den neu gegebenen Bedingungen nach Abriss fort.

Er konzentriert sein Wirken auf folgende Schwerpunkte:

- Erinnerungspflege ohne jede Nostalgie,
- Dokumentation des langjährigen Protestgeschehens,
- Dokumentation und Aufbereitung des Palastabbrisses für die Öffentlichkeit,
- Recherchen zum politischen und fachlichen Umgang mit dem PdR,
- Sammlung von Zeitzeugenaussagen,
- Organisation von Veranstaltungen und Ausstellungen zum Thema,
- Bereitstellung von Materialien für Bildungszwecke.

Mitglieder des Freundeskreises agieren in allen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland.

Der Freundeskreis ist aktives Mitglied im Kuratorium Ostdeutscher Verbände e.V. und verfügt über ein Netzwerk nationaler und internationaler Verbindungen.

Er organisiert seine Arbeit auf der Grundlage eines Arbeitsplans und ist eine Bürgerinitiative.

17. These: Die Ausstellungen des Freundeskreises sind ein wirksames Mittel zur Pflege unseres Erbes und mehr

Diese Ausstellung existiert seit 2004 und ist eine Wanderausstellung mit variablen Darstellungsmöglichkeiten.

Ihr Grundthema lautet:

Der Palast lebt -trotz alledem

**Dem Erbe verpflichtet - Erinnerung pflegen
Die Wahrheit erkennen - Symbolik gestalten**

Gegen Geschichtsentsorgung und Verfälschung

Bisher wurden 19 unterschiedliche Versionen gezeigt. Die Ausstellung besteht

aus ca. 160 Ausstellungstafeln (Bild/Text) und ca. 200 meist großformatigen Fotos. Dazu kommen Gemälde, Collagen, Denkzeichen, Digital- und Zeitzeugenschauen, Sachzeugnisse, jeweils aktualisierte Rechercheergebnisse sowie themenbezogene politische Aussagen. Thematisch umfasst die Ausstellung ein breites Spektrum an Informationen zum Palast der Republik.

Tausende Bürger haben bisher diese Ausstellung besucht.

Sie wird ständig weiterentwickelt und ergänzt. Sie erhebt den

Anspruch, die erste Ausstellung zum Palast der Republik zu sein.

Die Eintragungen in deren Gästebuch sprechen eine deutliche Sprache.

Sie werden charakterisiert von Wut, Empörung, Trauer, von guten Erinnerungen und nachhaltig wirkenden Erlebnissen

18. These: Die Palastvernichtung - Symbol einer gesellschaftlichen Anklage

Der Palast der Republik, im Zentrum Berlins gelegen, war als Volkshaus ein unübersehbares und anerkanntes Symbol der DDR. Seine Beseitigung bedeutet die bewusste Vernichtung eines Symbols der Deutschen Demokratischen Republik, der Versuch, ein Stück deutscher Geschichte, besonders auch der Architekturgeschichte zu entsorgen.

Das war und ist ein barbarischer Akt der Denkmalstürmerei und des politisch motivierten Vandalismus.

Die Art und Weise der Palastvernichtung klagt nicht nur schlechthin die dafür verantwortlichen Politiker und sonstigen Akteure an sondern das bestehende gesellschaftliche System und entlarvt es auch. Sie alle scheuten sich nicht, Erhaltenswertes unter Missachtung von Grundgesetz und Einigungsvertrag sinnlos zu vernichten.

Ein solches gesellschaftliches System ist politisch unglaubwürdig und unfähig, Grundinteressen und mehrheitliche Meinungen der Bevölkerung zu achten und zu respektieren. Der PdR ist dafür nur ein Beispiel.

Aus dieser Sicht ist die Palastvernichtung verallgemeinerungsfähig und steht als ein prominentes Beispiel für viele, ähnlich gelagerte Erscheinungen in den Neuen Bundesländern seit 1990. Die Dimension dieser Verallgemeinerungsfähigkeit erfasst und entlarvt den Prozess der so genannten Wiedervereinigung als brutale Einverleibung der DDR, Enteignung und Diskriminierung seiner Bürger durch die Bundesrepublik Deutschland.

Daraus ergeben sich Symbolkraft und Symbolwirkung des Palastes der Republik für die Gegenwart und für die Zukunft.

19. These: Das Palastvermächtnis - unsere gesellschaftliche Verpflichtung

Der Palast der Republik war ein Ort der Begegnung der Bürger der DDR und ihrer Gäste, eine vielfältige und nachhaltig wirkende Kulturlandschaft und bedeutender gesellschaftlicher Ereignisse in der Hauptstadt der DDR.

Sein Vermächtnis an die heutige und an künftige Generationen besteht in seinem Charakter als Haus des Volkes mit mannigfaltigen Möglichkeiten, projiziert und erbaut von fähigen und motivierten Architekten und Bauleuten der DDR. Sein Vermächtnis besteht auch darin, dass an diesem Ort der Nachweis erbracht wurde, welche Fähigkeiten eine neue, sozialistisch orientierte Gesellschaft entwickeln konnte.

Mit seiner Vernichtung soll auch dieses Vermächtnis ausgelöscht werden.

Das wird nicht geschehen.

Unsere Verpflichtung besteht darin, alles zu tun, um die Erinnerung an diese Errungenschaft der DDR wachzuhalten und nicht zuzulassen, dass diese, wie

politisch beabsichtigt, ausgelöscht, verfälscht oder diskriminiert wird. Dagegen werden wir uns wehren!

Sie besteht des weiteren darin, die Geschichte des Palastes der Republik wahrheitsgetreu aufzuarbeiten und öffentlich darzustellen.

20. These: Der Schlossplatz - ein bedeutender zentraler Platz in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in der Mitte Berlins.

Einige treffende Zitate aus aktuellen Veröffentlichungen: „...Der Landesherr wollte klare Besitzverhältnisse schaffen und beanspruchte einen Bauplatz für seine Zwingburg.... Der repräsentative Neubau zwischen den beiden Städten sollte die landesherrliche Stellung stärken... Die Mitglieder der Familie Hohenzollern jedenfalls regierten in der Folge bis 1918 in Berlin, fast ein halbes Jahrtausend lang, anfangs als die Markgrafen von Brandenburg, dann als Könige von Preußen und schließlich der deutsche Kaiser“

Ein weiteres Zitat: „Die düpierten Patrizierfamilien im nördlichen Teil der Stadt und einige inzwischen frustrierte Cöllner probten fünf Jahre nach der Grundsteinlegung immerhin noch einmal den Aufstand gegen den Kurfürsten und setzten 1448 im so genannten „Berliner Unwillen“ den Bauplatz unter Wasser: Sie rissen die Spundwände nieder, öffneten die Spree - Schleusen und fluteten das Gelände. Dem Protest war jedoch kein großer Erfolg beschieden, ganz im Gegenteil, er bestärkte vielmehr den Kurfürsten, seine Zwingburg genau an dieser Stelle weiterzubauen..... Der Bauplatz auf der Spreeinsel war von da an für alle Zeit zu einem symbolischen Ort geworden, der des öfteren Widerstand herausforderte.“

An diesem Ort ging es um Macht. Dieses Machtstreben provozierte Protest. Das ist bis heute so geblieben.

Das Schloss war in der Folgezeit ein Ort, von dem verhängnisvolle Ereignisse der deutschen Geschichte ausgingen, die für das deutsche Volk viel Leid und Elend bedeuteten.

Von diesem Schloss gingen bedeutende Impulse für die Auslösung des I. Weltkrieges aus. Millionen Tote auf vielen Schlachtfeldern waren das Ergebnis imperialer Herrschaftsgelüste des deutschen Großkapitals.

In Folge dieser Niederlage musste der deutsche Kaiser abdanken. Das Schloss verlor damit für immer seine Funktion und damit auch seine entsprechende gesellschaftliche Akzeptanz.

Der Zweite Weltkrieg diente ähnlichen Absichten und Interessen des deutschen Großkapitals. Millionen Opfer, auch unter der Zivilbevölkerung, waren das Ergebnis.

Im Februar 1945 wurde durch verheerende Angriffe anglo - amerikanischer Bomber auf das Zentrum Berlins das Berliner Schloss weitgehend zerstört. Übrig blieb eine Ruine.

Die Beseitigung dieser Ruine, nicht eines baulich intakten Schlosses durch Beschlüsse der Regierung der DDR entsprach der damaligen Situation in Berlin. Nicht Schlösser, sondern Wohnungen für die Not leitende Bevölkerung Berlins wurden damals benötigt.

Es ist bezeichnend, das den damals Verantwortlichen der DDR in der Gegenwart unterstellt wird, sie hätten das Schloss sprengen lassen. Diese Unwahrheit und Geschichtsverfälschung wird nicht wahrer durch ständige Wiederholung.

Die tatsächliche Schuld an der Schlossvernichtung trugen anglo - amerikanische Bomberverbände bzw. deren Befehlshaber.

Das Areal im Zentrum Berlins, heute unter Missachtung historischer Tatsachen als Schlossplatz bezeichnet, war und ist Schauplatz historischer Ereignisse und Brüche der deutschen Geschichte.

Der Umgang damit verpflichtet zu deren wahrheitsgetreuen Darstellung.

Geschichtsverfälscher und Aktionen der Geschichtsentsorgung werden auf die Dauer keinen Bestand haben.

21. These: Forderung nach Transparenz zu allen Vorgängen auf dem Berliner Schlossplatz

Mit einer vom Freundeskreis organisierten Massenpetition, unterschrieben von 995 Bürgern, darunter vielen prominenten Politikern der linken Szene, hat der Freundeskreis eine weitere Etappe seines Wirkens eingeleitet.

Er fordert von den politisch Verantwortlichen die volle, uneingeschränkte Transparenz zu allen Vorgängen auf dem Berliner Schlossplatz.

Diese Massenpetition wurde dem Deutschen Bundestag im April 2011 übergeben.

Nach zweijährigem Schweigen erhielt der Freundeskreis eine Antwort.

Sie ist nichtssagend, substanzlos und entspricht in keiner Weise dem Anliegen der Massenpetition.

Aus dieser Sicht ist sie eine politisch unübersehbare Blamage des deutschen Bundestages und der Bundesregierung Deutschland.

Ihr Versagen wirft die Frage auf, was an dieser Bundesrepublik, gemessen am konkreten Beispiel eigentlich demokratisch ist.

Diese Frage stellen wir in aller Öffentlichkeit!

22. These: Der Freundeskreis orientiert sich auf neue Dimensionen der künftigen Würdigung des Palastes der Republik

Sie sind in den aktuellen Forderungen des Freundeskreises zur Darstellung in der geplanten Ausstellung zur „Geschichte des Ortes“ im Humboldt – Forum formuliert und wurden an den Vorsitzenden der Stiftung Berliner Schloss - Humboldt - Forum übergeben.

Konkret geht es dabei um folgende Themenkomplexe bzw. Ausstellungselemente:

- ein Palastmodell (Maßstab 1:50),
- die Darstellung der Volkskammer der DDR (Sachzeugnisse und Ausstellung),
- die Aufstellung der Gläsernen Blume an einen exponierten Ort,
- die Dokumentation typischer Palastveranstaltungen, des TIP, des Jugendtreffs u.a., Einrichtungen des PdR sowie des Palastalltags in Form von Sachzeugnissen bzw. im Rahmen einer ständigen Ausstellung, die Gemäldegalerie in ihrer ursprünglichen Form oder in einer anderen ansprechenden Darstellungsweise,
- gastronomische u. a. Einrichtungen des Palastes durch noch vorhandene Originale oder deren originale Nachbauten,
- die Fassadenelemente des Palastes der Republik,
- der jahrzehntelange, Protest gegen die Palastvernichtung in Form von öffentlich zugänglichen Dokumentationen in Bild und Text, verbunden mit Aussagen von Zeitzeugen,
- die Darstellung der Zwischennutzung (Dokumentation, Ausstellung),
- die Palastvernichtung und deren politischen Hintergründe in Form einer öffentlich zugänglichen Dokumentation,
- die Gewährleistung der uneingeschränkten Transparenz zu allen Vorgängen, die den Berliner Schlossplatz seit 1990 betreffen,
-

Diese umfassenden Überlegungen bzw. Forderungen entsprechen dem gegenwärtigen

Erkenntnisstand des Freundeskreises.

23. These: Die Beseitigung des Palastes der Republik - nur ein Beispiel brutaler DDR Geschichtsentsorgung.

Mit der Erinnerungspflege an den Palast der Republik wird auch die eigentliche Dimension des kulturpolitischen Verbrechens der brutalen Geschichtsentsorgung seit 1990 sichtbar gemacht. Es geht eben nicht nur um den sogenannten "Schlossplatz" in Berlin, sondern um entsprechende, ähnlich gelagerte Vorgänge in den Neuen Bundesländern.

Sie müssen auch deshalb sichtbar gemacht werden um diese Dimensionen überhaupt erfassen zu können.

Darin besteht die weiterführende Orientierung des Freundeskreises Palast der Republik gemeinsam mit neuen Verbündeten und Freunden.

Vor 23 Jahren wurde der Palast der Republik aus politischen Gründen geschlossen.

Das beweisen die im Bundestag geführten Debatten. Sie wurden von uns dokumentiert und analysiert.

Das beweisen aber auch die zielstrebig durchgeführten Recherchen des Freundeskreises. Sie werden weitergeführt.

Der Freundeskreis Palast der Republik ist sich auch dieser Verpflichtung bewusst und auch der Verantwortung, die sich aus der Symbolik des Palastes der Republik in der Gegenwart und in Zukunft ergibt.

Dieses, in der Geschichte der Nachkriegszeit einmalige politische Verbrechen, dieser Vandalismus, begangen im Zuge der sogenannten Wiedervereinigung und unter Verletzung des Einigungsvertrages und des Grundgesetzes muss und wird aufgeklärt und auch künftig angeprangert werden.

Diese Verpflichtung bestimmt das gegenwärtige und künftige Wirken des Freundeskreises Palast der Republik.

Berlin, 1. Juni 2013

Freundeskreis Palast der Republik

Kontakte:

R. Denner,
Sprecher des Freundeskreises
Tel/Fax: 030/9912254
Mail: r.denner@gmx.de

D. Lämpe
Pressesprecher
Tel:03342/318473

K. Wons
stv. Sprecher des Freundeskreises
Tel:030/50911144

Im Internet

www.palastschaustelle.eu

